

Vielfalt– Das Bildungsmagazin

EDITORIAL

Liebe Leser*innen,

Die Sommerausgabe von **Vielfalt – Das Bildungsmagazin** erscheint als reines Schwerpunkttheft zum Thema Krieg und Frieden im Unterricht. Diese Themenwahl haben wir getroffen, weil wir überzeugt sind, dass Schüler*innen ein Recht darauf haben, zu erfahren, warum viele Menschen zur Flucht gezwungen sind und was Deutschland damit zu tun hat.

Im Internet und Fernsehen sowie in Zeitungen sind sie allgegenwärtig, die aktuellen Kriege. In Syrien, im Irak, im Jemen, im Südsudan, in Palästina, in Kurdistan, in der Ukraine, in Afghanistan – insgesamt sind es derzeit mehr als 15 größere bewaffnete Auseinandersetzungen, die auch Schüler und Schülerinnen in den Medien mitbekommen – meistens streiflichtartig, blutig, erschreckend.

Wir haben uns erkundigt, wie die vielen Kriege und großen bewaffneten Auseinandersetzungen weltweit im Schulunterricht behandelt werden.

„Aktuelle Kriege sind bei uns im Unterricht nicht vorgekommen. Wir hatten ja nur ein Jahr Politik-Zusatzkurs, und da haben wir das nicht durchgenommen“, erklärt Ellen, die gerade ihr Abitur an einem Kölner Gymnasium bestanden hat. Abiturientin Ai-sche äußert auf die Frage, ob das Thema Rüstungsexporte in der Oberstufe vorkam: „Wir hatten den Wunsch, dieses Thema durchzunehmen, mal im So-wi-Zusatzkurs geäußert. Dazu kam es aber nicht.“ Ähnlich antwortete die Mehrzahl der von Vielfalt befragten Schülerinnen und Schüler der verschiedenen Schulformen. Vier bei den Kölner Falken politisch engagierte Jugendliche beschrieben Vielfalt ihre Erwartungen an den Unterricht zum Thema Krieg und Frieden.

Unser Eindruck nach vielen Gesprächen ist, dass Lehrer*innen einerseits durch die Lehrpläne so eingeengt sind, dass sie im Unterricht keine Zeit



Diskussionsrunde von Peacemaker*innen in der Solinger Jugendbildungsstätte Hackhauser Hof, Foto: ESR

finden, aktuelle Kriege aus unterschiedlichen Perspektiven betrachtet zu behandeln. Andererseits scheuen es viele Pädagog*innen, die aktuellen Kriege zu thematisieren, weil sie Eskalationen durch Schüler*innen verschiedener Herkunftsgruppen oder auch die Retraumatisierung betroffener Schüler*innen fürchten.

Das Ergebnis ist: Die Jugendlichen bleiben allein mit ihrem Halbwissen über Ursachen und Auswirkungen eines Konfliktes, ihrer Angst um die in Kriegsgebieten lebenden Angehörigen und dem Irrglauben, Krieg könne zu Frieden führen oder Kriegsflüchtlinge verließen ihr Herkunftsland um eines höheren Lebensstandards willen.

Diese Schwerpunktausgabe des Bildungsmagazins ist auch ein Kooperationsprojekt mit IPPNW – Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges. Die Organisation IPPNW ist ein internationaler Zusammenschluss von Human-, Tier- und Zahnärzten, die sich, die sich vor allem für die Abrüstung atomarer Waffen einsetzt. Sie hat dem Bildungsmagazin eine aktuelle Schülerinformationsschrift zur Verfügung gestellt. Friedensbildung tut not: um die Welt besser zu verstehen und Demokratie zu erhalten oder zu erreichen.

Ihre Mercedes Pascual Iglesias

Aus dem Inhalt:

Risiken und Nebenwirkungen eines Bundeswehreinsatzes im Kriegsgebiet

Schüler*inneninformation von IPPNW

Seite 2–3

Schüler*innenstimmen

Seite 9

Interview mit Ilka Hoffmann, Schulexpertin im Bundesvorstand der GEW

ab Seite 10

Friedensbildung im Unterricht

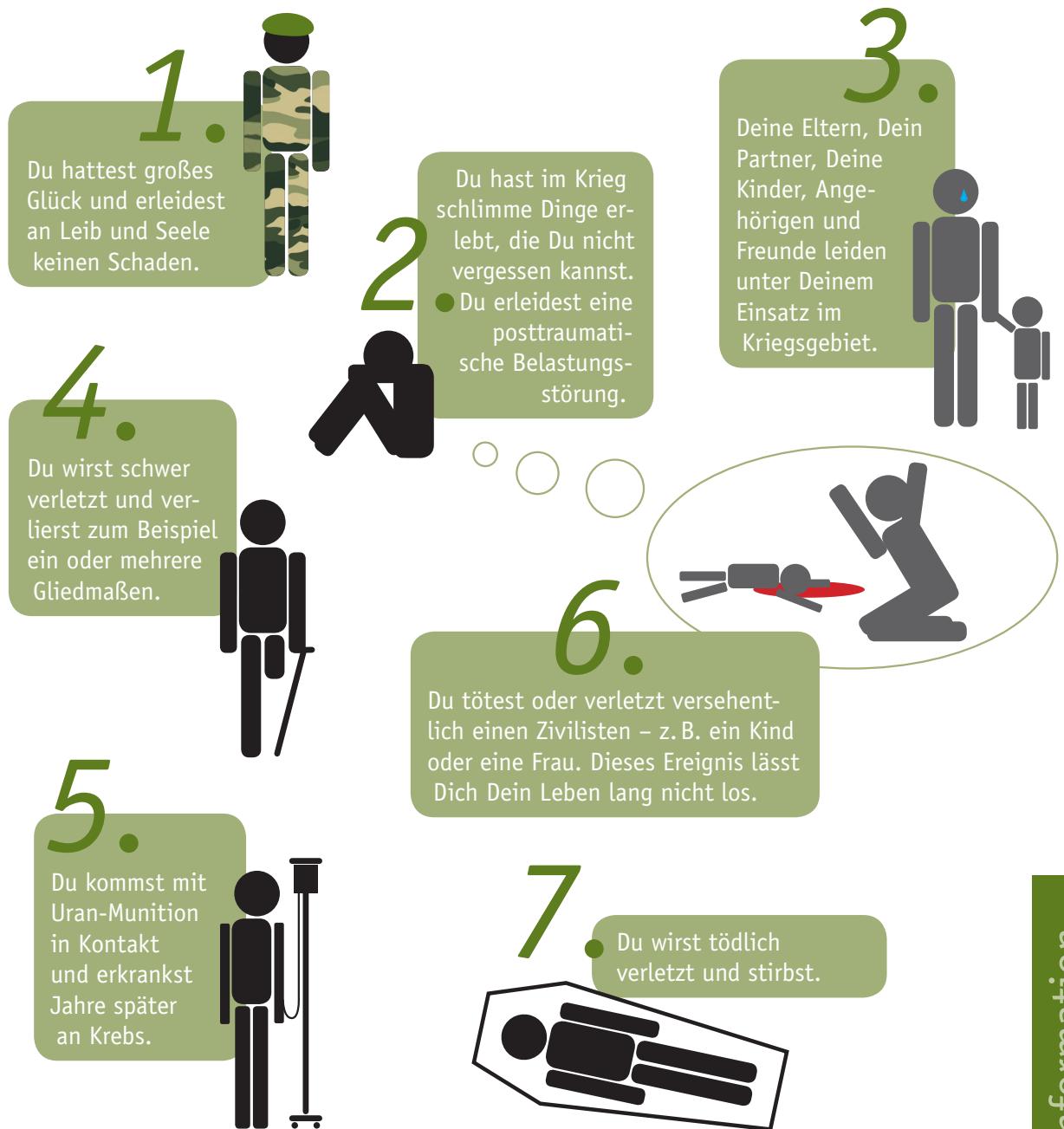
ab Seite 4

Fachgespräch

Risiken und Nebenwirkungen eines Bundeswehreinsatzes im Kriegsgebiet

Als Soldat*in kannst Du ab einer freiwilligen Verpflichtung von 12 oder mehr Monaten zu einem Auslandseinsatz einberufen werden. Ein Einsatz darf normalerweise maximal vier Monate dauern. Danach müssen 20 Monate Regenerationszeit folgen. In der Realität dauerte in einem Viertel der Fälle der Einsatz länger als vier Monate. Unabhängig von der Dauer sind Einsätze in Kriegsgebieten mit vielen Risiken und Nebenwirkungen für Deine Gesundheit verbunden.

Ärztinnen und Ärzte der Friedensorganisation IPPNW warnen: Krieg tötet und macht Dich krank.



Schülerinformation

Risiken und Nebenwirkungen eines Bundeswehreinsatzes im Kriegsgebiet

1. Du hattest großes Glück und erleidest an Leib und Seele keinen Schaden

Doch obwohl Du dein Leben im Ausland riskiert hast, wird Deine Mission von der Öffentlichkeit kaum gewürdigt. Die Mehrheit der Deutschen lehnt den Afghanistan-einsatz der Bundeswehr ab. Nur noch 20 Prozent stehen hinter der Mission. Du fühlst Dich nicht wertgeschätzt.



2. Du hast im Krieg schlimme Dinge erlebt, die Du nicht vergessen kannst. Du erleidest eine posttraumatische Belastungsstörung.

Auslandseinsätze der Bundeswehr wie der in Afghanistan (ISAF bis 2014, seit 2014 Resolute Support) können Soldat*innen krankmachen. Allein im Jahr 2015 haben 1.750 Soldat*innen sich wegen einer posttraumatischen Belastungsstörung behandeln lassen. Die Dunkelziffer liegt wesentlich höher. In Berlin hat die Bundeswehr darum ein Psychotraumazentrum eingerichtet. Im Jahr 2015 wurden 1.750 Soldat*innen, 2014 1.697 Soldat*innen wegen posttraumatischen Belastungsstörungen (PTBS) behandelt. Eine PTBS wird durch das Erleben und oder das Beobachten eines oder mehrerer negativer Ereignisse hervorgerufen, zum Beispiel drohender Tod, lebensbedrohliche Verletzungen oder eine Gefährdung für sich oder Kameraden. Es kommt zu Angstzuständen, Furcht, Hilflosigkeit, unkontrollierbarem Wiedererleben der Ereignisse, Halluzinationen, emotionaler Taubheit, Entfremdung, Persönlichkeitsveränderungen, Schmerzsymptomen, Wutausbrüchen, Müdigkeit und Erschöpfung. Es kann aber auch zu anderen Krankheiten kommen, zum Beispiel zu Depressionen.



3. Deine Eltern, Dein Partner/Partnerin, Deine Kinder, Angehörigen und Freunde leiden unter Deinem Einsatz im Kriegsgebiet.

Zieht ein Elternteil in den Krieg, leiden die Kinder unter Angstzuständen. Bei jedem dritten Kind kommt es zu psychischen Leiden und Verhaltensstörungen. Das haben Wissenschaftler in den USA herausgefunden. Aber nicht nur Kinder sind betroffen, auch alle anderen Personen im engen Umfeld müssen mit der Angst leben, dass ein wichtiger Mensch krank, verletzt oder gar nicht mehr aus dem Krieg zurückkehren wird. Darüber hinaus gibt es Hinweise dafür, dass Soldaten, die im Auslandseinsatz waren, vermehrt straffällig werden und die Hemmschwelle für aggressives Verhalten, auch in ganz alltäglichen Situationen, sinkt.



4. Du wirst schwer verletzt und verlierst zum Beispiel ein oder mehrere Gliedmaßen.

Während Bundeswehreinsätzen im Ausland gab es seit 1997 mehr als 54.500 Verletzte. Allein im Jahr 2008 wurden bei Auslands-einsätzen der Bundeswehr 5.801 Soldat*innen verletzt, verloren ein oder mehrere Gliedmaßen. Die meisten Soldaten in Afghanistan werden bei Sprengstoffattentaten verwundet. Viele wurden auch Opfer von Verbrennungen und Entstellungen und können ihren Beruf nicht länger ausüben. Dabei müssen nicht immer Angriffe Schuld an den Verletzungen sein: Die einsatzbedingten physischen und psychischen Belastungen (zum Beispiel Gefechte, klimatische Bedingungen, Dienst rund um die Uhr, an



sieben Tagen pro Woche über den gesamten Einsatzzeitraum hinweg) sind überwiegend die Gründe für vereinzelte ungewollte Schussabgaben, die aber ebenfalls tödlich enden, oder eben zu Verletzungen führen können, schreibt die Bundeswehr auf ihrer Homepage.

5. Du kommst mit Uran-Munition (DU) in Kontakt und erkrankst Jahre später an Krebs.

Von 3.000 Soldaten, die im Irak und im Kosovo im Einsatz waren, sind bisher 109 an Krebs oder Leukämie gestorben. In einer Studie schrieben Forscher vom Independent Scientific Research Institut in Genf, dass die NATO-Streitkräfte im Krieg gegen Jugoslawien etwa 40 Tonnen DU-Munition eingesetzt haben. Vermutet wird, dass Uranmunition für die Erkrankung von mindestens 700.000 alliierten Soldaten verantwortlich ist. Die Symptome, die bei den Rückkehrern aus der Golfregion und NATO-Soldaten, die im Kosovo oder Bosnien eingesetzt waren, wurden unter dem Begriff „Golf- oder Balkan-Syndrom“ bekannt. Die Soldaten klagten über Müdigkeit, Erschöpfung, Gelenk- und Muskelschmerzen, Kopfschmerzen, Übelkeit, Schwindelgefühle, Gedächtnisschwäche, Störungen der Emotionalität und Drüsenschwellungen. Später folgten Leukämie und andere Krebserkrankungen sowie eine hohe Fehlbildungsrate bei den gezeugten Kindern.



6. Du tötest oder verletzt versehentlich einen Zivilisten – z.B. ein Kind oder eine Frau. Dieses Ereignis lässt Dich Dein Leben lang nicht los.

Allein im Jahr 2017 gab es mehr als 10.000 zivile Opfer in Afghanistan. Besonders betroffen sind Frauen und Kinder. Nach Sprengstoffexplosionen verursachen die Pro- und Kontra-Regierungs-kräfte die meisten zivilen Opfer. Bei der Schätzung über Opfer der afghanischen Bevölkerung gehen die Zahlen weit auseinander. Laut der IPPNW-Studie „Body Count – Opferzahlen nach 10 Jahren Krieg gegen den Terror“ sind seit Beginn des Krieges 2001 bis Ende 2013 bis zu 248.000 Menschen getötet worden. Die indirekt getöteten Zivilpersonen – damit sind jene gemeint, die aufgrund von Mangelernährungen und Krankheiten sterben und ohne Krieg erfolgreich behandelt werden hätten können – belaufen sich laut Schätzungen von Hilfsorganisationen allein bis 2002 auf 20.000 bis 49.600.

7. Du wirst tödlich verletzt und stirbst.

Schlimmstenfalls kommst Du aus dem Auslandseinsatz nicht zurück. Vielleicht gerätst Du in einen Hinterhalt, unter Beschuss oder warst nur zur falschen Zeit am falschen Ort. Bei Auslands-einsätzen kamen seit 1992 insgesamt 109 Soldaten ums Leben – 37 Soldaten fielen durch Fremdeinwirkung, 72 kamen durch sonstige Umstände ums Leben. Insgesamt 22 Angehörige der Bundeswehr nahmen sich in Auslandseinsätzen das Leben. Beim Einsatz in Afghanistan sind bisher 57 deutsche Soldaten zu Tode gekommen.



IPPNW-Ärztinnen und -Ärzte warnen:
Krieg tötet und macht krank.



Eine Information der IPPNW – Internationale Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges, Ärzte in sozialer Verantwortung e.V.
Körtestraße 10, 10967 Berlin, Tel. 030-69 80 74-0, 2. Auflage 2018
www.ipnw.de, kontakt@ipnw.de, V.i.S.d.P: Carlotta Conrad

Mit Unterstützung von
terre des hommes
Hilfe für Kinder in Not



Bezirksverband
Mittelrhein e.V.

Vielfalt – das Bildungsmagazin

Friedensbildung im Unterricht

Aktuelle Kriege im Unterricht? Zwar ist die Zahl der gegenwärtigen militärischen Auseinandersetzungen weltweit keineswegs gering und auch nicht ohne Auswirkungen auf die politische Lage in Deutschland und Europa. Und in den Klassenzimmern sitzen immer mehr Schülerinnen und Schüler, die mittel- oder unmittelbar von diesen Konflikten betroffen sind, sei es als Geflüchtete oder über ihre familiären Wurzeln in betroffenen Ländern. Dennoch spielen sie im Unterricht offenbar kaum eine Rolle.

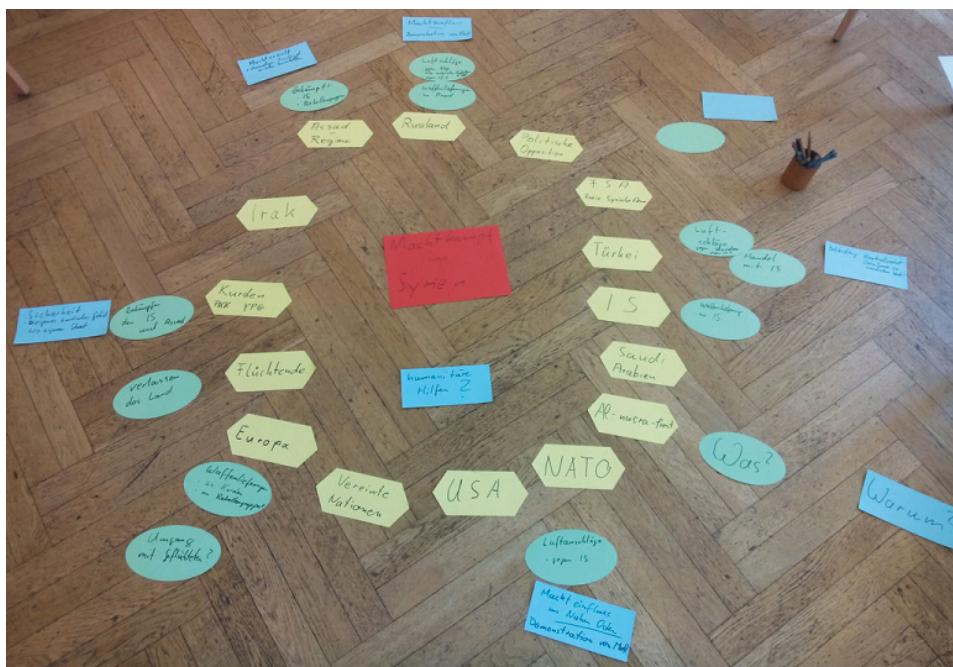
„Die Jugend soll erzogen werden im Geiste der Menschlichkeit, der Demokratie und der Freiheit, zur Duldsamkeit und zur Achtung vor der Überzeugung des anderen [...], zur Völkergemeinschaft und Friedensgesinnung.“ So steht es im NRW-Schulgesetz.

Wie kommt dieser Grundsatz im Schulunterricht zum Tragen? Das zu ermitteln ist nicht einfach. „Vielfalt“ wollte in einer kleinen Umfrage wissen, wie die Unterrichtspraxis zu diesem Themenfeld aussieht und fand nur wenige konkrete Beispiele. Viele Lehrkräfte erklärten, dieses Thema nicht behandelt oder nur gestreift zu haben.

Einige Hinweise ergeben sich aus den Kernlehrplänen. So beschreibt der Lehrplan für die Sekundarstufe 1 an Gesamtschulen in Nordrhein-Westfalen das Inhaltsfeld „Konflikt und Frieden“ folgender-

maßen: Es werden „Ursachen, Erscheinungsformen und Folgen von Konflikten und Kriegen sowie Verfahren, Instrumente und Institutionen von gelungenen, aber auch gescheiterten Konfliktlösungen auf innerstaatlicher und internationaler Ebene behandelt, wobei auch die Rolle supranationaler Organisationen in den Fokus der Betrachtung gerückt wird“. Als inhaltliche Schwerpunkte werden im Kernlehrplan für Realschulen „aktuelle Probleme und Perspektiven der Friedens- und Sicherheitspolitik“ benannt und unter der Rubrik „Sachkompetenz“ heißt es: Schüler*innen „benennen einen aktuellen zwischenstaatlichen Konflikt, beschreiben die Hintergründe und erläutern anhand dieses Beispiels die Zielsetzungen der Vereinten Nationen sowie ihre Möglichkeiten zur Friedenssicherung“. Aus dem Schulministerium wurde mitgeteilt: „In

„Vielfalt“ versucht mit diesem Schwerpunkt, die Schulpraxis zum Thema aus verschiedenen Perspektiven zu beleuchten. Zwei Berufsschullehrer, ein Hochschullehrer, eine Friedensreferentin und ein Friedensreferent berichten aus ihrer Praxis. Schüler*innen und junge Erwachsene erzählen, was in der Schule fehlt. Zudem wurde der Jahresbericht der Jugendoffiziere der Bundeswehr ausgewertet und die Schulexpertin der GEW (Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft) interviewt.



AG-Ergebnisse von Peacemaker*innen visualisiert, Foto: ESR

den kompetenzorientierten Lehrplänen (z.B. im Fach Geschichte) ist die Auseinandersetzung mit vergangenen Kriegen, Krisen und Konflikten explizit genannt. Aktuelle Kriege, Krisen und Konflikte können ebenfalls, ausgehend von diesbezüglichen Inhalten und Kompetenzerwartungen, als Unterrichtsthema behandelt werden.“

Hier ist die Aussage „können“ hervorzuheben. Für die einzelne Schule besteht ein weitgefasster Freiraum. Recherchen der Redaktion „Vielfalt“ ergaben, dass nur wenige Lehrkräfte die aktuellen Kriege, Krisen und Konflikte ausführlicher behandeln. Aufällig in den Lehrplänen ist zudem, dass das Wort „Krieg“ zwar für vergangene militärische Auseinandersetzungen benutzt wird, gegenwärtige jedoch unter Begriffen wie „Friedens- und Sicherheitspolitik“ behandelt werden. Der Kernlehrplan Politik für die Realschule sieht unter anderem vor: das Inhaltsfeld „Europäische und internationale Politik im Zeitalter der Globalisierung“ mit Schwerpunkt „Aktuelle Probleme und Perspektiven der Friedens- und Sicherheitspolitik“ und als Kompetenzerwartungen: „Die Schülerinnen und Schüler charakterisieren eindeutige Interessen, Bedürfnisse, Motive und Gefühle von Akteuren und bewerten erste Folgen aus Konfliktlagen“, „erläutern am Beispiel eines aktuellen Konfliktes Grundlagen der Friedens- und Sicherheitspolitik unter Einbeziehung der Rolle der Vereinten Nationen“ und „untersuchen Ursachen und Verläufe europäischer und internationaler politischer Konflikte, bewerten Motive, Bedürfnisse und Interessen der Konfliktparteien und diskutieren Handlungsalternativen in politischen Entscheidungssituationen“.

RECHT DES STÄRKEREN VERHINDERN

Soweit die behördlichen Auskünfte und beispielhaft einige Festlegungen in Lehrplänen zum Thema „Aktuelle Kriege im Schulunterricht“. Einer, der auf

die „Vielfalt“-Umfrage nach Unterrichtserfahrungen mit dem Thema „aktuelle Kriege“ spontan „Ja, selbstverständlich!“ antwortete, ist der jüngst pensionierte Berufsschullehrer **Bernhard Trautvetter**. Bis Ende 2017 hat er Politik und Gesellschaftslehre gelehrt, zuletzt am Essener Berufskolleg im Bildungspark. In seinen Klassen saßen Schüler*innen zwischen 16 und 45 Jahren, viele davon mit Migrationsgeschichte aus den Herkunftsändern Afghanistan, Syrien, Libanon, Türkei, Irak und verschiedenen afrikanischen Staaten.

„Ich habe immer wieder gerne nach Materialien gesucht, die unterschiedliche Sichtweisen auf das Thema erkennen lassen“, erläutert der Pädagoge. Als Impuls arbeitete er häufig mit aktuellen Zeitungsartikeln und verwendete zur Hintergrundinformation unter anderem Materialien des Friedenspädagogischen Instituts in Tübingen. Ein Friedenspädagoge, betont Trautvetter, habe die Aufgabe, „das Recht des Stärkeren zu verhindern. Und das geht nur durch das Recht!“ Das Völkerrecht machte er ebenso regelmäßig zum Thema wie die Vereinten Nationen (UNO) und insbesondere Artikel 1 der Charta der Vereinten Nationen. Er lautet: „Die Vereinten Nationen setzen sich folgende Ziele: 1. den Weltfrieden und die internationale Sicherheit zu wahren und zu diesem Zweck wirksame Kollektivmaßnahmen zu treffen, um Bedrohungen des Friedens zu verhüten und zu beseitigen, Angriffshandlungen und andere Friedensbrüche zu unterdrücken und internationale Streitigkeiten oder Situationen, die zu einem Friedensbruch führen könnten, durch friedliche Mittel nach den Grundsätzen der Gerechtigkeit und des Völkerrechts zu bereinigen oder beizulegen.“ Die Vereinten Nationen wurden 1945 als Konsequenz aus den Schrecken des Zweiten Weltkriegs gegründet, um dem Weltfrieden zu dienen. Bern-

hard Trautvetter hat ganz in diesem Sinn auch mehrfach Sally Perel an seine Schule eingeladen. Er ist der Jude, der als „Hitlerjunge Salomon“ bekannt geworden ist. Um nicht als Jude erkannt und von den Nationalsozialisten umgebracht zu werden, war er in die „Hitlerjugend“ eingetreten und an deren „Akademie für Jugendführung“ ausgebildet worden.

Dieser heute 93-jährige Zeuge hat die Schüler*innen immer wieder sehr beeindruckt. „Die Aula war mit rund 200 Menschen prall gefüllt, darunter waren auch nicht wenige, die von Haus aus eine antiisraelische Haltung mitbrachten“, erzählt Bernhard Trautvetter. Zeitzeuge Sally Perel begrüßte die Schüler*innen stets mit den Worten „Shalom Salam“ und erklärte dazu, er wisse, dass es nie Frieden – hebräisch „Shalom“ – im Nahen Osten geben werde, wenn es nicht auch „Salam“ – „Frieden“ auf Arabisch – gäbe.

Bernhard Trautvetter stimmt dem vorbehaltlos zu: „Diese Haltung, dass Salam und Shalom zusammengehören, hat sich auch in meinem Politikunterricht bewährt. Ich habe den Nahostkonflikt immer ausgehend von Menschenrechten und vom Völkerrecht thematisiert. Alles, was diese rechtliche Rahmengebung für die internationale Politik und für die innergesellschaftlichen Konflikte untergräbt, verbietet sich.“

DIE GUTEN UND DIE BÖSEN?

„Dabei haben wir auch stets Medienkritik geübt und untersucht, wo mit zweierlei Maß gemessen beziehungsweise sehr einseitig argumentiert wurde. Das geschieht leider allzu oft. Ein Beispiel war die Äußerung des früheren deutschen Außenministers und heutigen Bundespräsidenten Frank Walter Steinmeier, Russland habe in der Ukraine „die Büchse der Pandora geöffnet“ und zum ersten Mal in der

Nachkriegsgeschichte Europas gewaltsam Grenzen verschoben.

Der völkerrechtswidrige Nato-Krieg in Jugoslawien wird dabei übersehen, ebenso die gewaltsame Landnahme der Türkei in Nordzypern. So pickt man sich ein Ereignis heraus, weil einem das in die Argumentationslinie passt und erzeugt den falschen Eindruck, wir seien die ‚Guten‘ und die anderen die ‚Bösen‘. Aber im Kriegsfall gibt es nie die ‚Guten‘ auf der einen und die ‚Bösen‘ auf der anderen Seite. Die Schüler*innen waren oft erstaunt, wenn sie erarbeitet hatten, dass es erhebliche Rechtsverstöße durch die, die sich ‚die Guten‘ nennen, gegeben hat.“

WO SPRACHE ENDET, BEGINNT DIE GEWALT

„Die Orientierung an Recht und Gesetz war mir immer sehr wichtig“, betont Trautvetter, auch wenn es zu Auseinandersetzungen zwischen Schüler*innen türkischer und kurdischer Herkunft kam, die sich etwa über die kriegerischen Konflikte zwischen der türkischen Armee und der PKK stritten. „Da kann man teilweise die Situation nur retten, wenn man die Orientierung auf die internationale Rechtsordnung in den Vordergrund rückt. Das fruchtete auch weitgehend bei den Schüler*innen. Ich vermittelte ihnen grundsätzlich auch für sie selbst: Wenn ihr Konflikte vermeiden wollt, müsst ihr sprechen. Der US-amerikanische Psychologe und Begründer des *Center for Nonviolent Communication* (Zentrum für gewaltfreie Kommunikation) Marshall Rosenberg hat es treffend so ausgedrückt: ‚Wo Sprache endet, beginnt die Gewalt‘. Damit bezieht er sich auf einen Satz von Hannah Arendt: „Gewalt beginnt, wo das Reden aufhört.“ – Trautvetter: „Das gilt im Kleinen wie im Großen.“



Foto: Wokandapix/Pixabay

ENGAGIERTE SCHÜLER*INNEN-RECHERCHE

Michael Friedrich lehrt an der Berufsschule Ulrepforte in Köln. Im Fach Politik besprach er mit seiner 12ten Klasse, welches Thema im Monat Mai behandelt werden sollte. Aus einem Pool von verschiedenen Vorschlägen entschieden sich die Schülerinnen für das Thema: „Kriege nach 1945“. Dies setzten sie um, indem Recherche-Aufgaben an neun Gruppen vergeben wurden. So entstanden Impulsreferate mit Informationen zu den Kriegen in Korea, Nahost, Vietnam, Nicaragua, Ex-Jugoslawien, Falkland-Inseln, Somalia, Jemen. Im Anschluss wurde jeweils lebhaft diskutiert. Ein Mitschüler, der vor dem Krieg im Jemen nach Deutschland geflohen ist, erzählte von seinen Erfahrungen. Sein Fazit: „Wir brauchen uns hier nicht über die große Zahl Geflüchteter zu erregen. Wir selbst tragen direkt und indirekt durch unsere Rohstoff- und Exportpolitik und auch durch unseren Konsum dazu bei, dass solche Kriege stattfinden.“

Michael Friedrich fand das Engagement seiner Schüler*innen beeindruckend: „Nicht nur, dass sie sich mit wahrer Leidenschaft in die Themen eingearbeitet haben; sie hatten auch immer einen kritischen Blick für die Zusammenhänge und die – direkte oder indirekte – Verantwortung, die der sogenannte Westen in ausnahmslos jedem Krieg nach 1945 getragen hat. Es war eine Unterrichtseinheit, die mit Sicherheit den Blick der Schüler*innen für

die Hintergründe von kriegerischen Konflikten geschräft hat.“

Zwar ist es Lehrer*innen nach den Lehrplänen freigestellt, aktuelle Kriege im Unterricht zu behandeln. Das ist allerdings mit erheblichem Aufwand verbunden. Da könnte es verlockend sein, Jugendoffiziere der Bundeswehr in den Unterricht einzuplanen. In Nordrhein-Westfalen regelt eine Kooperationsvereinbarung zwischen dem Ministerium für Schule und Weiterbildung und dem Wehrbereichskommando II der Bundeswehr diese Soldateneinsätze in Schulen: „Wir wollen damit Schülerinnen und Schülern den Zugang zu zusätzlichen Informationen zu friedens- und sicherheitspolitischen Fragestellungen eröffnen. Ziel ist es, die Entwicklung einer Friedensgesinnung der Schülerinnen und Schüler zu fördern und sie zu befähigen, sich mit Fragen internationaler Verständigung und Zusammenarbeit sowie mit unterschiedlichen Strategien von Friedenserhalt auseinanderzusetzen.“

Joachim Schramm ist Landesgeschäftsführer der Deutschen Friedensgesellschaft-Vereinigte Kriegsdienstgegner*innen DFG-VK und in dieser Funktion mehrfach zu Podiumsdiskussionen mit einem Bundeswehr-Jugendoffizier an Schulen eingeladen worden. Er machte dabei die Erfahrung, dass diese den Kurs einer „Umarmungsstrategie“ verfolgen: Es seien ja alle für den Frieden, die Bundeswehr eben auch. „Da kommt es als Akteur der Friedensbewegung darauf an, deutlich zu machen, dass das, was

die Bundeswehr macht, eben eine Kriegsstrategie ist und keine Friedensstrategie“, erklärt Schramm. Auf seine Frage, warum denn Kriege mit Beteiligung der Bundeswehr auch in solchen Gegenden geführt werden, die mit Landesverteidigung nichts zu tun haben, argumentierte der Jugendoffizier laut Schramm, dass die Schüler*innen ja alle Handys hätten, in denen Rohstoffe verbaut werden, die aus diesen Regionen kommen. „Da wird versucht, den Schüler*innen zu vermitteln: Es ist ja in Eurem Interesse, Rohstoffe militärisch zu sichern. Es wird aber gar nicht thematisiert, dass der Tod von Menschen dafür in Kauf genommen wird“, kritisiert Joachim Schramm. „Wir als Teil der Friedensbewegung weisen immer darauf hin, dass es darauf ankommt, frühzeitig mögliche Kriegsursachen zu erkennen und ihnen entgegenzuwirken, dass zum Beispiel Rüstungsexporte verboten werden müssten, denn jede Waffenlieferung hat zur Konsequenz, dass der nächste Konflikt vorbereitet wird. Anstelle von Militäreinsätzen plädieren wir für Vorbeugung, Verhandlungen und andere Methoden der Zivilen Konfliktbearbeitung.“

Die Jugendoffiziere lehnen dies zwar nicht ab, betonen jedoch die Notwendigkeit auch von Auslandseinsätzen. Diese werden allerdings eher als humanitäre Akte dargestellt, während die vielen „Kollateralschäden“ – tote Zivilist*innen, schwere Verletzungen und Traumatisierungen – kaum erwähnt werden. Über 94 hauptamtliche Jugendoffiziere verfügt die Bundeswehr. Zu den Zielgruppen der Bundeswehr gehören auch Lehrkräfte, insbesondere solche, die noch ausgebildet werden: „Der Zielgruppe der Referendarinnen und Referendare wurde besondere Aufmerksamkeit gewidmet, denn sie sind die Lehrerinnen und Lehrer von morgen und werden dann eher auf das ihnen bereits bekannte Angebot der Jugendoffiziere zurückgreifen“, betonen die Experten der Bundeswehr für Jugendarbeit in ihrem Jahresbericht.

Insgesamt haben Jugendoffiziere der Bundeswehr 2017 laut Bericht fast 5.800 Veranstaltungen durchgeführt. Rund 120.000 Personen kamen aus der Zielgruppe der Schülerinnen und Schüler sowie Studierenden, wobei die Gymnasien mit fast 60.000 Personen den größten Anteil stellten. Es folgten Schülerinnen und Schüler von Realschulen (ca. 29.000 Personen) und der Berufsbildenden Schulen (20.000 Personen). 13.000 Lehrkräfte, Referendar*innen, Schulleiter*innen und Mitarbeiter*innen der Schulaufsichtsbehörden wurden erreicht. Die Zahlen belegen, dass die Bundeswehr

Netzwerk Friedensbildung

„Friedensbildung fördert im Sinne einer Friedenslogik die Entwicklung von Kompetenzen zu einem konstruktiven und zivilen, an der Philosophie der Gewaltfreiheit orientierten Umgang in innergesellschaftlichen und internationalen Konflikten. Konflikte werden hierbei als Chance für eine positive Veränderung wahrgenommen. Friedensbildung regt zur sorgfältigen Analyse von Konfliktursachen sowie zur kritischen Auseinandersetzung mit allen Formen der Gewalt sowie mit militärischen Einsätzen in Konflikten und Krisen an. Sie ist Teil einer umfassenden politischen Bildung und damit eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe.“

aus dem Selbstverständnis des bundesweiten Netzwerks Friedensbildung

Das Netzwerk Friedensbildung NRW setzt sich für die Friedensbildung an den Schulen in Nordrhein-Westfalen ein. Ziel ist es, den Gedanken der Völkerverständigung, die Wege und Methoden der zivilen Bearbeitung von Konflikten, der Abrüstung und der Beseitigung von Kriegsursachen Schülerinnen und Schülern nahe zu bringen. Ebenso soll die Darstellung der schrecklichen Auswirkungen kriegerischer Handlungen, der Verschwendungen wertvoller Ressourcen durch die Rüstung und der somit fehlenden Mittel für die Lösung der drängenden Menschheitsprobleme wie Hunger, wirtschaftliche Ungleichheit und Umwelt- und Klimabedrohung Gegenstand der Friedensbildung sein.

Das Netzwerk setzt sich dafür ein, Friedensbildung in die Lehrer*innenaus- und -fortbildung zu integrieren.

www.friedensbildung-nrw.de

damit einen erheblichen Einfluss auf Schüler*innen und Lehrer*innen nimmt.

PROJEKT „PEACEMAKER“

Zu den „Vertreterinnen von Organisationen der Friedensbewegung“, die laut Kooperationsvereinbarung über „zur Friedenssicherung mögliche Instrumente der Politik“ an Schulen informieren können, gehört **Elisabeth Subasic**. Die Jugendbildungsreferentin der Evangelischen Schüler*- und Schüler*innenarbeit im Rheinland (ESR) vermittelt Schulklassen mit dem Projekt „Peacemaker“ einen „Kontrapunkt zu den Bundeswehrveranstaltungen“. Sie will damit „Wege und Methoden der zivilen Konfliktbearbeitung, der Abrüstung und der Beseitigung von Konfliktursachen“ vorstellen. Dabei verwendet sie partizipative Methoden: „Es geht darum, dass die Schüler*innen sich aktiv einbringen können. So bekommen sie oft Recherche-Aufgaben. Ich nenne etwa verschiedene zivile Gruppen, die dazu beigetragen haben, einen Konflikt zu beenden, und bitte die Schüler*innen herauszufinden, wie sie das gemacht haben. Etwa die Frauen in Liberia, die es geschafft haben, durch gewaltfreien Widerstand den blutigen Bürgerkrieg in ihrem Land zu beenden. Diese Frauen hatten bei den Friedensgesprächen zwischen verschiedenen Warlords den Versammlungsort blockiert, so dass ihn niemand mehr verlassen konnte, bis ein Waffenstillstand erzielt war. Darüber gibt es den sehr eindringlichen Dokumentarfilm *Zur Hölle mit dem Teufel!*“

Zum andauernden Konflikt zwischen Israel und Palästina verweist Subasic auf die Gruppe „Breaking the Silence“, in der israelische Ex-Soldaten über



Planungsrunde von Peacemaker*innen im Hackhauser Hof, Foto: ESR

Grausamkeiten der Armee in den besetzten Gebieten berichten, die sie selbst begangen oder mit erlebt haben. Sie fordern ein Ende der Besatzung palästinensischer Gebiete.

Subasic stellt auch eine Elterninitiative vor, in der palästinensische und israelische Mütter und Väter zueinander gefunden haben, deren Kinder in dem Konflikt getötet wurden. Ebenso wird debattiert, wie sich Menschen fühlen, die ständig mit der Angst vor einer Bedrohung leben, so wie es vielen Israelis geht.

Im Rahmen des „Peacemaker“-Programms werden auch Männer und Frauen von EAPPI eingeladen (Ecumenical Accompaniment Programme in Pa-

lastine and Israel), einer Initiative, die lokale und internationale Anstrengungen unterstützt, die israelische Besatzung zu beenden und zu einer Lösung des israelisch-palästinensischen Konflikts durch einen gerechten Frieden beizutragen. „Denn zum Frieden gehört mehr als die Abwesenheit von Krieg. Frieden bedeutet auch, dass Menschen geachtet werden, dass ihre Rechte geachtet werden, dass sie ein friedvolles Leben führen können“, sagt Elisabeth Subasic.

Nach den Reaktionen der Schüler*innen gefragt, berichtet die Jugendbildungsreferentin, dass sie, gerade wenn es um Israel und Palästina geht, oft klagen, dass es unglaublich kompliziert sei, diesen Konflikt überhaupt zu verstehen. Hier ist für Subasic der Punkt, um zu bedenken zu geben: „Daran kann man erkennen, dass ein rasches militärisches Losschlagen keine Lösung bringen kann. Wenn man



„Mut aufbringen – Frieden stiften“
wollen die jungen Peacemaker*innen,
Foto: ESR

erkennt, über wie viele Jahre da welche Konfliktlinien entstanden sind, weiß man, dass man sie mit einem militärischen Eingreifen nicht einfach lösen können wird.“

ABSCHOTTUNG IST UNMÖGLICH

Eine gute Hilfe bei der Vorbereitung auf die komplizierten Zusammenhänge, die Lehrkräfte bei der Behandlung aktueller Kriege und bewaffneter Konflikte in der Welt berücksichtigen sollten, bietet das Buch „Internationale Politik verstehen“ von **Bernhard Stahl**. Der Politikwissenschaftler unterrichtet an der Universität Passau als Professor für Internationale Politik auch Lehramtsstudierende aller Schulformen. Seine allgemeinverständlich geschriebene, problemorientierte Einführung in das Thema behandelt unter anderem aktuelle Kriege in Syrien, der Ukraine, dem Kongo, dem Irak und den Nahostkonflikt. Es bietet Lehrenden wie Lernenden jeweils eine Beschreibung, eine Analyse und Handlungsempfehlungen. Am Ende jedes Kapitels findet sich neben Literaturempfehlungen auch ein Filmtipp. Man muss nicht in jedem Punkt mit Stahls Erklärungen und Bewertungen übereinstimmen, um dieses nutzerfreundliche Buch mit Gewinn zu handhaben. Er selbst regt immer wieder kritische Diskussionen an, etwa zu Samuel Huntingtons oft zitiertem „Kampf der Kulturen“ („Clash of Civilizations“). Warum er es für wichtig hält, die aktuellen Kriege im Schulunterricht zu behandeln? Professor Stahl stellt fest: „Man kann den Frieden nur schätzen, wenn man den Krieg ein wenig kennt. Ein Erkenntnisziel in meinen Veranstaltungen ist, dass eben nicht Frieden der Normalzustand ist und Krieg die Ausnahme, sondern umgekehrt: Frieden ist die Ausnahme. Und dafür gilt es zunächst ein Fingerspitzengefühl zu entwickeln und sich darüber klar zu werden, dass wir in einer Welt leben, die immer kleiner wird, wo wir immer mehr zusammenwachsen. Das heißt, die Konflikte, die sich irgendwo anders auf der Welt abspielen, etwa in Syrien, kommen zu uns – manchmal auch zu Fuß über 2.000 Kilometer durch den Balkan oder in Booten über das Mittelmeer. Sie werden auch unsere Gesellschaft in immer größerem Maße betreffen. Für mich ist dann ein Ziel, auch in meinen Seminaren und Vorlesungen klar zu machen, dass eine Abschottung unmöglich ist.“

Ich halte es für wichtig, dass die Schüler*innen lernen, wie voraussetzungsreich Frieden und friedliches Zusammenleben ist, wie sehr man sich auch dafür einsetzen muss. Es ist gut, wenn die Schü-

ler*innen wissen, dass Kinder und Jugendliche in Ländern, in denen Krieg herrscht, unter furchtbaren Bedingungen leben müssen. Das hilft, um ein wenig Empathie zu empfinden, aber auch, das eigene Schicksal in Beziehung zu setzen zu dem, was man über die anderen Menschen auf der Welt lernt.“ In dem Zusammenhang hebt der Politikwissenschaftler die Bedeutung persönlicher Geschichten hervor, „insbesondere dann, wenn es gelingt, sie gut in den Lernstoff einzubetten.“ Stahl empfiehlt gerade bei konfliktträchtigen Themen, wie es aktuelle Kriege und Konflikte angesichts einer sehr heterogenen Schüler*innenschaft oft sind, das Co-Teaching. Da könnte eine zweite, eventuell speziell ausgebildete Lehrkraft sicherlich einiges auffangen. Während eine Lehrperson den Inhalt behandelt, kann die andere persönlich auf besonders betroffene Schüler*innen eingehen.



Prof. Bernhard Stahl, Foto: privat

RUHIGER LERNORT SCHULE?

Stahl bedauert, dass die aktuellen Kriege in den Schulen kaum behandelt werden: „Es wird in den geisteswissenschaftlichen Disziplinen bevorzugt Wissen bearbeitet, das 200 Jahre, wenn es hoch kommt, 50 Jahre alt ist, und dann hört man meistens auf. In Geschichte zum Beispiel wird gerade noch die Gründung der Bundesrepublik behandelt, vielleicht noch das Ende des Kalten Krieges – dann ist aber auch Schluss.“ Nach den Ursachen hierfür gefragt, antwortet Stahl: „Zunächst sind unsere Schulen eigentlich nicht dazu gedacht, demokratische Staatsbürger zu entwickeln, sondern hängen im Prinzip am Humboldtschen Ideal des 19. Jahrhunderts, das heißt, dass aktuelle Themen und aktuelle Problemstellungen, auch aktuelle Konflikte, nicht unbedingt in die Schule gehören sollten. Die Schule soll eher ein ruhiger Lernplatz sein, wo die Schüler*innen vor dramatischen Entwicklungen sicher sind und eher friedlich vor sich hin lernen – als lebten sie in einer heilen Welt. Deswegen scheut man sich, glaube ich, und hat sich hier immer schon gescheut, Konflikte in der Politik in der Schule explizit zu behandeln. Damit will ich um Gottes willen nicht sagen, dass nicht viele Lehrkräfte das doch tun. aber es nimmt in der Schule jedenfalls einen

relativ kleinen Platz ein. Mit einer Ausnahme: Der Zweite Weltkrieg und der Holocaust spielen im deutschen Schulunterricht eine herausragende Rolle.

Die übrigen Konflikte und insbesondere die der letzten zwanzig Jahre kommen indessen kaum vor. Ein Beispiel: 500 Studierende in meiner Einführungsvorlesung kommen alle frisch von der Schule. Ich frage sie, welcher Konflikt, welcher Krieg auf der Erde in den letzten 20 Jahren mit Abstand die meisten Todesopfer gefordert hat. Das weiß keiner. Es sind die Kongo-Kriege, die um die fünf Millionen Menschen das Leben gekostet haben. Und das weiß niemand von den 500. Das ist medial nicht präsent und in der Schule auch nicht. Woher sollen sie es also wissen? Automatisch werden diejenigen Konflikte genannt, die in den Medien behandelt werden. Das ist zum Beispiel der Israel-Palästina-Konflikt.

Was mir auffällt: In der Lehramtsausbildung scheint es mir so zu sein, dass die Studierenden sehr viele Scheine machen müssen. Sie denken, das Fach Internationale Politik nützt ihnen nichts für den Scheinerwerb. Man findet kaum noch intrinsische Motivation, sondern viele huschen eher oberflächlich durch ihr Studium. Das ist schade.“

Materialien incl. Unterrichtseinheiten finden sich unter

- <http://www.friedensbildung-schule.de/>
- <http://www.friedenspaedagogik.de/>
- <http://www.bpb.de/lernen/>
- <https://www.politische-bildung.nrw.de/print/index.html>

Schüler*innen-Stimmen

Im Versammlungsraum der „Falken“ (Sozialistische Jugend – Kreisverband Köln) in der Kölner Südstadt haben sich an einem Abend vier Jugendliche eingefunden: Nadia Shukrallah, Nico Hunds, Jurij Brudereck und Sharone Bolenge. Sie haben sich bereiterklärt, ihre Erfahrungen mit dem Thema „Aktuelle Kriege im

Schulunterricht“ zu teilen. Sharone und Nadia machen in zwei Jahren ihr Abitur an einer Kölner Gesamtschule, Nico lässt sich am Berufskolleg Bergisch Gladbach zum Informationstechnischen Assistenten mit Fachhochschulreife ausbilden, und Jurij Brudereck hat gerade sein Abitur auf einem Kölner Gymnasium absolviert.

Sharone: Im SoWi-Unterricht besprechen wir zu Beginn jeder Stunde die aktuellen Nachrichten, was in der Welt passiert. Aber in den Medien wird ja nicht berichtet, dass zum Beispiel im Kongo tagtäglich Menschen im Krieg sterben. Ich war auf Demos gegen Diktatur und Gewalt und Menschenrechtsverletzungen, aber mein Eindruck war: Kaum jemand wusste, worum es da konkret geht. Ich habe auch erst durch meinen Vortrag im Unterricht, den ich zusammen mit meiner Klassenkameradin erarbeitet habe, verstanden, worum es im Kongo-Krieg geht. Meine Eltern kommen da her. Im Kongo haben wir Gold, Coltan, Mineralien. Die Arbeiter, die diese Rohstoffe aus der Erde holen, werden sehr schlecht bezahlt. Durch die Konflikte um die Rohstoff-Ausbeutung ist der Krieg entstanden.

Jurij: Krieg ist eine der Haupt-Fluchtursachen. Wenn Menschen aus Syrien hierher kommen, zweifle ich, dass sie das tun, weil sie unbedingt hier arbeiten wollen, sondern weil sie täglich vom Krieg, diesem schrecklichen, bedroht sind. Das Thema „Aktuelle Kriege“ hatten wir tatsächlich im Unterricht, bei einem sehr jungen engagierten Lehrer, der da eine Lücke im Lehrplan entdeckt hatte. Wir haben uns das Modell UN und NATO angeguckt und haben uns gefragt: Was kann man machen? Gibt es in Syrien Möglichkeiten für Frieden? Was sind die Ziele der UN oder der Nato? Welche Mittel, welche Strategien gibt es da? Sollte man eingreifen in so einen Konflikt? Welche Parteien haben bereits eingegriffen? Es gab sehr unterschiedliche Meinungen. Ich selbst setze mich gegen jeden Militarismus ein. Ich glaube nicht, dass man momentan deeskalierend wirken kann, wenn man sich auf irgendeine Seite schlägt, Eingreifen könnte man, indem man Friedensverhandlungen führt. Aber so lange man noch Waffen an die Türkei liefert, die gleichzeitig Krieg gegen die

Kurden in Nordsyrien führt, ist das illusorisch. Man sollte, denke ich, generell ein Waffenexportverbot einführen.

In der 10. Klasse hatten wir eine Lehrerin, die versucht hat, auch aktuelle Themen in den Unterricht einzubringen. Da hat jeweils ein Schüler oder eine Schülerin in einem Kurzvortrag berichtet, was so in der Welt passiert. Aber das ist kein intensives Auseinandersetzen. Wenn ich einmal die Woche höre: In Syrien ist immer noch Krieg, weiß ich immer noch nicht, welche Parteien es dort gibt, welche Parteien man unterstützen könnte, welche Auswirkungen die bewaffneten Auseinandersetzungen auf die Bevölkerung haben usw.

Der Syrienkrieg ist jetzt für die Europäer sehr präsent durch die „Flüchtlingskrise“. Aber sehr viele Konflikte werden gar nicht thematisiert. Vom Konflikt im Jemen zum Beispiel habe ich im Unterricht nichts mitbekommen, obwohl es dort wohl viel schrecklicher zugeht als man sich das vorstellen kann. Oder Kolumbien oder der Rohingya-Konflikt in Myanmar – das sind Themen, von denen man in der Schule kaum etwas mitbekommt.

Man erfährt durch die Medien, dass irgendwelche Leute ein Flüchtlingsheim abgefackelt haben – aber differenzierte Aussagen über die Konflikte in der Welt bekommt man selten.

Nico: Unsere Politiklehrerin ist erkrankt, deshalb haben wir in der Berufsschule noch keinen Politikunterricht. Aber in der Realschule hatten wir den Ost-West-Konflikt durchgenommen und in dem Zusammenhang den Afghanistan-Krieg. Eine Mitschülerin mit familiären Wurzeln in Afghanistan hat dazu einen ausführlichen PowerPoint-Vortrag gehalten. Den Syrien-Konflikt haben wirangeschnitten und den Ukraine-Konflikt auch. Es geht dort darum, dass die USA zusammen mit der EU einerseits und Russland andererseits um ihre Einflusszonen ringen. Im Politikunterricht interessie-

ren mich vorrangig die großen Zusammenhänge und Theorien.

Nadia: Wir besprechen immer wieder Aktuelles am Anfang der Stunde. Aber den Syrien-Konflikt zum Beispiel, der ja der aktuellste ist und schon seit Jahren wütet, haben wir noch gar nicht besprochen. In der Mittelstufe haben wir überhaupt nicht über aktuelle Kriege gesprochen. Ich finde das schlecht.

Wenn es mal einen Anschlag gab, war das ein Thema. Aber sonst so gut wie gar nicht. Was ich empörend finde: Es wird aufgeschrien, wenn hier in Europa ein Terror-Anschlag passiert. Das ist ja auch schlimm, keine Frage. Aber die Kriege in den afrikanischen Ländern zum Beispiel, wo Krieg ausgelöst wird durch Ungleichheit, durch Ausbeutung durch die europäischen Länder – da wird überhaupt nicht darüber geredet! Europa trägt mit seiner Politik dazu bei, dass die Ausbeutung auf dem afrikanischen Kontinent zum Beispiel stattfindet. Und dann wundert man sich, dass die Leute flüchten müssen. Ich meine, dass Europa eine Mitschuld an den Fluchtursachen trägt.

Die Frage, ob sie Bundeswehrhoffiziere im Schulunterricht erlebt haben, verneinen die Vier. Aber Jurij bezieht dazu klar Position:

„Wir haben als ‚Falken‘ im Kölner Jugendring – das ist ein Verband der Jugendgruppen in Köln – einen Beschluss durchgesetzt gegen jeglichen Militarismus in Schulen und Jugendzentren. Das heißt, dass man die Bundeswehrwerbung in Schulen und Jugendzentren verbietet.“

Nico ergänzt:

„Bei uns im Unterricht waren keine Bundeswehrhoffiziere. Aber wir waren auf einer Messe, die schulisch vorgeschrieben war, und da war ein Bundeswehr-Stand. Da suchten sie händeringend nach ITlern für den Cyberwar.“

DAS FACHGESPRÄCH

Interview mit Ilka Hoffmann, Schulexpertin im Bundesvorstand der GEW (Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft)

Ilka Hoffmann ist Schulexpertin der GEW, die zu den Gründungsmitgliedern des bundesweiten Netzwerks Friedensbildung gehört. Ziel des Netzwerks ist die Bündelung und Stärkung von Friedensbildung im schulischen und außerschulischen Bereich einschließlich der Aus-, Fort- und Weiterbildung von Pädagog*innen und Multiplikator*innen. Es geht dem Netzwerk darum, Akteur*innen der Friedensbildung bundesweit miteinander zu vernetzen und sich fachlich und politisch für die Stärkung von Friedensbildung und die Weiterentwicklung der wissenschaftlichen Grundlagen einzusetzen.



Ilka Hoffmann, Foto: Kay Herschelmann

Frau Dr. Hoffmann, als Schulexpertin im Bundesvorstand der GEW ist Ihnen auch die Friedensbildung ein besonderes Anliegen. Wie ist es aktuell damit bestellt?

Leider ist die Friedensbildung in den Schulen eher schwach aufgestellt, weil sie staatlich nicht so unterstützt wird wie etwa Schulbesuche der Bundeswehr und natürlich nicht über deren finanzielle und personelle Mittel verfügt. Da Friedenssicherung vielfach mit Sicherheitspolitik gleichgesetzt wird, geht die herrschende Politik davon aus, dass keine weiteren Anstrengungen notwendig sind.

Insgesamt ist das Engagement für Friedensbildung in den einzelnen Bundesländern sehr unterschiedlich. Es hängt vorwiegend von der politischen Ausrichtung ab. Baden-Württemberg zum Beispiel hat eine Servicestelle eingerichtet, die Lehrkräfte bei der Konzeption friedensrelevanter Themen berät und Materialien an die Hand geben kann.

Im Saarland existiert eine Stelle beim Landesinstitut für Lehrerfortbildung, die auf Friedensbildung spezialisiert ist.

Welche Inhalte vermitteln diese Fortbildungen?

Es geht darum, wie man Konflikte friedlich lösen kann, aber auch um Kriege in der Geschichte und heute. Dabei werden Konflikt- und Kriegsursachen einbezogen. Ungerechtigkeiten im internationalen Handel und Neokolonialismus werden ebenso thematisiert wie positive Maßnahmen, zum Beispiel fairer Handel oder die Förderung von Bildungsprojekten.

Aber die Schulen sind in dieser Hinsicht meiner Meinung nach noch sehr schlecht aufgestellt. Im

Landesinstitut des Saarlands, wo ich herkomme, ist eine einzige Person für diese Aufgabe eingestellt. Die wenigen Fachkräfte für Friedensbildung in den Bundesländern haben auch kaum Möglichkeiten, sich selbst fortzubilden. Wenn man das mit den Jugendoffizieren der Bundeswehr vergleicht, sind sie personell sehr schlecht ausgestattet.

Welche Position vertritt die GEW zu den Unterrichtsbesuchen der Bundeswehr-Offiziere?

Für uns als Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft ist diese Thematik sehr relevant, weil wir uns auch mit der UN-Kinderrechtskonvention sehr verbunden fühlen. Da geht es unter anderem auch darum, dass Kinder ein Recht haben, gewaltfrei aufzuwachsen. Und in den UN-Empfehlungen für die Bundesregierung stand auch, dass Minderjährige nicht mit Werbung der Streitkräfte konfrontiert werden dürfen. Das geschieht aber. Wir fordern daher auch, die Kooperationsvereinbarungen zum Einsatz der Jugendoffiziere an Schulen, die manche Landesregierungen mit der Bundeswehr abgeschlossen haben, zu kündigen.

Aber die Bundeswehr betont ja, diese Unterrichtsbesuche der Jugendoffiziere würden nicht der Werbung dienen.

Das ist aber nicht zutreffend. Wenn nicht auch kritische Stimmen zu den Auslandseinsätzen der Bundeswehr zu Wort kommen, wenn nur einseitig berichtet wird, dann ist es natürlich eine Art von Werbung. Das wird uns auch aus den Erfahrungsberichten, die wir aus den Schulen bekommen, deutlich: Die problematischen Seiten der Aus-

landseinsätze werden gern ausgespart – dass es beispielsweise dazu kommen kann, dass man in Stresssituationen auch unschuldige Menschen tötet, wie es etwa in Kunduz in Afghanistan der Fall gewesen ist oder im Balkankrieg bei der Sprengung einer Brücke, auf der gerade Kirchgänger unterwegs waren. Über derartige Fälle wird unserer Erfahrung nach regelmäßig nicht berichtet. Dass man auch selbst umkommen kann, verletzt werden kann, traumatisiert werden kann – das wird regelmäßig ausgeblendet. Damit ist es ja Werbung, weil es nicht objektiv ist.

Was fordern Sie von der Politik, um die zivile Friedensbildung in den Schulen zu stärken?

Aus meiner Sicht ist es eine politische Aufgabe auch der Regierung, Friedenserziehung an den Schulen zu fördern. Da müsste die Bundesregierung ebenso wie die Länderregierungen herangehen und Mittel für die Förderung von Friedensbildung und die Weiterbildung der Fachkräfte in die Hand nehmen. Ansatzpunkte in den Ländern wären Curricula, Materialien und Konzepte für Unterricht und demokratische Schulentwicklung, gute Fortbildungen und nicht zuletzt die Berücksichtigung des Themas in der Ausbildung,

Erziehung zum Frieden ist ja überall in den Curricula verankert, oft bleibt es aber bei dem allgemeinen Grundsatz – ist das auch Ihre Erfahrung?

Ja. Alle Kinder auf der Welt haben das Recht, unverletzt ohne Gewalt zu erfahren aufzuwachsen und dafür fehlt meiner Ansicht nach einfach das

Bewusstsein. Das sollte im Unterricht vermehrt auch anhand konkreter Erfahrungen thematisiert werden. Die Bundeswehr-Offiziere leisten das nicht. Außerdem muss man genau hinschauen, ob die Themen im Lehrplan eher auf Institutionenkunde im sicherheitspolitischen Kontext abzielen, also zum Beispiel die Rolle von UN, Nato und Bundeswehr, und ob zum Beispiel zivile und gewaltfreie Konfliktlösung auch als Thema vorgesehen ist.

Kommt im Rahmen von Fortbildungen auch der Umgang mit aktuellen Kriegen als Unterrichtsstoff vor?

Ja, das ist sehr wichtig. Wir haben ja oft schon Konflikte im Klassenzimmer – etwa türkische und kurdische Kinder, die bestimmte Auseinandersetzungen, die es im Herkunftsland gibt, über die Elternhäuser auch in die Schule tragen. Dann ist es natürlich geboten, diese Konflikte auch in der Schule zu thematisieren.

Erfordert es nicht auch besondere Fähigkeiten, vor Jugendlichen, die eventuell Krieg und Flucht erleben mussten oder deren Angehörige betroffen sind, solche Themen zu behandeln?

Durchaus. Möglicherweise sind Schüler*innen auch traumatisiert. Es verlangt sehr viel psychologisches Fingerspitzengefühl, damit einfühlsam und fachgerecht umzugehen. Ich habe die Befürchtung, dass die Schulen sehr wenig Unterstützung dafür erfahren. Daher kann es schon dazu kommen, dass diese Themen eher gemieden werden. Ich würde je-

denfalls davor warnen, das einfach als einen Unterrichtsgegenstand zu betrachten wie jeder andere. Denn in den Klassenzimmern sind auch junge Menschen, für die viel Leid mit diesem Thema zusammenhängt, deren Familienangehörige vielleicht gestorben sind oder die über viele Wochen in einer Angstsituation gelebt haben. Das kann man nicht ohne fachlichen Rat angehen.

Aber es wäre natürlich unbedingt wünschenswert, dass aktuelle Kriege und Konflikte, die ja auch in den Medien ständig präsent sind, auch im Unterricht zur Sprache kommen und vertiefend behandelt werden. Dazu wäre eine Fachberatung sicher sehr hilfreich.

In der GEW ist der Umgang mit aktuellen Kriegen im Unterricht auch ein Thema?

Es ist für uns ein sehr großes Thema. Es gibt viele Lehrkräfte, die uns anrufen, weil sie die besorgt sind über die Präsenz des Militärs an der Schule und die uns fragen: Wie soll ich damit umgehen? Es gibt auch in manchen Bundesländern kaum Ansprechpartner aus der Friedensbewegung, die eine nicht militärische, friedenspolitische Position vertreten. Wenn Lehrkräfte keine Unterstützung haben, dieses heikle Thema mit Kindern aus Kriegsgebieten anzusprechen, fällt es ihnen schwer. Sie haben eventuell auch Angst davor, was es auslösen könnte und fühlen sich allein gelassen.

Das Netzwerk Friedensbildung wurde von Organisatoren der Friedensbewegung ins Leben gerufen. Es tritt dafür ein, gemäß der Richtlinie

des „Beutelsbacher Konsenses“ – was in der Gesellschaft kontrovers diskutiert wird, soll auch im Unterricht kontrovers dargestellt werden – die andere, die antimilitaristische Position zu Auslandseinsätzen der Bundeswehr im Unterricht einzubeziehen. Wie wird dieses Netzwerk Friedensbildung nach Ihrer Kenntnis von den Lehrkräften angenommen?

Das steckt noch in den Kinderschuhen. Personell ist es schwierig, an allen Schulen vor Ort zu sein. Es hängt von den Schulleitungen ab oder auch von den Lehrkräften für Gemeinschaftskunde, Sozialkunde oder Politik, wie sie selbst zu dem Thema stehen. Ob sie sagen: Ja, für mich ist es wichtig, Friedenserziehung in den Unterricht einzubeziehen, auch über aktuelle Konflikte zu reden und auch die Erfahrungen der Kinder und Jugendlichen einzubeziehen, die aus Kriegsgebieten kommen, und dazu fachlichen Rat einzuholen – oder aber nicht.

Welche Ziele verfolgt das Netzwerk Friedensbildung?

Wir wollen nicht, dass Friedensbildung in den Schulen einseitig durch die Jugendoffiziere der Bundeswehr erfolgt. Dies ist gerade in der heutigen Situation vermehrter Auslandseinsätze nicht der richtige Weg, wenn wir dahin kommen wollen, dass die Welt friedlicher wird. Sprechen ist immer besser als Schießen. Man braucht auch eine genaue Analyse. Wenn wir uns die laufenden Kriege ansehen, geht es ja nicht vorrangig darum, die Menschenrechte durchzusetzen, sondern es geht ja in der Regel auch um Rohstoffe. Da muss man sich auch Gedanken über Strukturen machen. Die Verhütung von Kriegsursachen fängt hier bei uns an. Wir dürften nicht weiter Klima und Umwelt zerstören und damit vielen Menschen die Lebensgrundlagen. Man kann schon beim Konsumverhalten anfangen, sich zu engagieren. Als Regierung kann man sagen: Nein, die Waffen liefern wir nicht nach Saudi Arabien, das Krieg im Jemen führt. Es gibt viele Möglichkeiten, das nicht noch zu befürworten. Aber wir nutzen sie leider zu wenig, und der eigentliche Hintergrund ist im Prinzip immer Geld. Solche Ursachenketten herauszuarbeiten, wäre ein lohnendes Unterrichtsziel.

Impressum

Herausgeber:

Arbeiterwohlfahrt
Bezirksverband Mittelrhein e.V.
Integrationsagentur
Dienststelle Amsterdamer Str. 232,
50735 Köln

Redaktion

Ariane Dettloff
Mercedes Pascual Iglesias
Gestaltung: Andreas Hollender

Verantwortlich (i. S. d. P.)

Andreas Johnsen, Geschäftsführer

Telefon: 0221-29942874

E-Mail: vielfalt@awo-mittelrhein.de

Haftungshinweis:

Trotz sorgfältiger inhaltlicher Kontrolle übernehmen wir keine Haftung für die Inhalte externer Links. Für den Inhalt der verlinkten Seiten sind ausschließlich deren Betreiber verantwortlich.

© AWO Bezirksverband Mittelrhein e.V.
Abdruck, auch in Auszügen, erwünscht, jedoch nur mit Genehmigung des Herausgebers.

Gefördert durch:

Ministerium für Kinder, Familie,
Flüchtlinge und Integration
des Landes Nordrhein-Westfalen

